

fene Juli-Revolution wieder auf ihren eigentlichen Berth, auf einen bloßen Aufstand, zurückgeführt; doch der revolutionäre Geist fand anderwärts theils durch die wirkliche Noth, theils durch das leidenschaftliche Streben, im Gebiete der Religion und des Staates das Bestehende anzukämpfen und es unbekümmert darum, daß Freiheit ohne Ordnung und Gesetz nicht bestehen kann, umzustößen, die willigste Aufnahme und führte unter verschiedenen Völkern Erscheinungen herbei, welche die ganze Aufmerksamkeit, Festigkeit und Thakraft Deutschlands, besonders Oesterreichs, in Anspruch nahmen. Wie demnach bei einer Feuersbrunst die brennenden Stoffe weit umherfliegen, und nah und fern den Brand erneuern, so fiel auch schnell das Pariser Flugfeuer in Belgien, Deutschland, Italien, Spanien, Portugal und der Schweiz zündend nieder.

Ein Vorpiel dessen, was wir in diesem Jahre in seiner ganzen Ausbildung gesehen haben, lieferte die im Mai 1832 nach Hambach in Rheinbaiern ausgeschriebene Volksversammlung, welche die deutsche Nationalfarbe (Schwarz, Roth und Gold) aufstellte. Hier wurden feurige Reden gehalten zur republikanischen Wiedergeburt der deutschen Nation, man brachte dem republikanischen Europa ein dreimaliges „Hoch“ aus und sah bald darauf als unausschließliche Wirkungen den Geist der Empörung losbrechen. Die Gemeinden fingen an, die Steuern zu verweigern, schlugen die Steuerboten, hörten begierig unter ihren Freiheitsbäumen das Geschwätz der Freiheitsfendlinge an, leiteten Plünderungen ein, setzten die Obrigkeiten ab und leisteten den Soldaten Widerstand. Da trat zunächst die bayerische Regierung in's Spiel und machte allen Ernstes dem Treiben ein Ende. Die meisten Schuldigen setzten sich auf flüchtigen Fuß und eilten dem nördlichen Amerika oder der Schweiz zu; die wenigen Zurückgebliebenen versielen der Untersuchung und der Strafe.

Wie aber zu allen Zeiten arger Mißbrauch der Freiheit gesetzliche Beschränkungen zur Folge hat, so schritt auch der Bundestag zu Frankfurt durch Maßregeln ein, die von menschlicher Klugheit eingegeben waren und wohl zeitweilig Ausbrüche zurückhalten, aber auf den Grund des Uebels nicht einwirken konnten. Wenn nämlich einmal im Staate sich der Zerstörungsgestalt in den Köpfen der Menschen entwickelt hat und er das Bessere in ihrem Herzen vertilgt, so wird man bald finden, wie schwer es hält, mit bloß militärischer oder polizeilicher Gewalt die bürgerliche Ordnung zu erhalten und wie sehr es die Menschen dann lieben, zuerst durch geheime Verbindungen der Staatsgewalt Trost zu bieten, um später durch offene Gewalt das Ziel ihres Strebens zu erreichen. — Nach dem blutigen Revolutionsversuche zu Frankfurt am 3. April 1833 wurde es in Deutschland anscheinend ruhiger: aber in Italien entstanden wieder große Gährungs; die alte Aristocratie zu Bern in der Schweiz konnte dem Andrang der Demokratie nicht länger die Stirn bieten und bequeme sich murrend zu einer volksthümlichen Verfassung auf der Grundlage der Volksherrschaft mit Trennung der gesetzgebenden, richterlichen und ausübenden Gewalt, freien Wahlen für Stadt und Land, Oeffentlichkeit der Verhandlungen, Aufhebung aller Vorrechte der Personen, Familien und Ortschaften. — Auch die unglücklichen Polen hatten sich noch einmal gegen die Zwingherrschaft Rußlands, aber erfolglos, erhoben.

So waren denn überall handgreifliche Erscheinungen genug zu Tage gekommen, welche das Treiben des Revolutionsgeistes hervorgerufen hatte im Gebiete des Staatslebens; aber auch auf dem Felde der Kirche war es nicht ruhig geblieben. Abgesehen davon, daß eine arbeitsschwere Genußsucht und eine schändliche Selbstsucht auf die Spitze getrieben, die Sitten verschlimmerte, den religiösen Glauben annagte, den Eifer für den Gottesdienst lähmte und sogar die schönsten Blüten der christlichen Religion feindselig begeiferte: wurden die Kirchenfürsten in ihren Rechten gewaltsam beschränkt, in ihrer Thätigkeit für das öffentliche Wohl gehemmt und als ungehorsame Staatsbürger in unerhörter Weise bestraft. Seinen Höhepunkt erreichte der Unglaube und der bubenhafte Trevel in dem Auftreten der so genannten Lichtfreunde und der Anhänger meinediger, abtrünniger Priester.

So war denn der Boden unterwühlt, auf dem der Staat ruhte; die Kirche war in ihrer segnenden Macht angegriffen, verdächtigt und gelähmt und die Zeit war für einen großen und entseßlichen Umsturz reif, sobald der Sturm losbrach, der eine geeignete Erschütterung hervorbringen konnte. An drohenden Vorzeichen hat es nicht gefehlt. Wenn wir an die vielen Mordversuche denken, die gegen das Leben des Franzosen-Königs Ludwig Philipp gerichtet waren, an die Vernichtung seiner schönsten Hoffnung durch den unerwarteten Tod seines ältesten Sohnes, des Herzogs von Orléans, an die verrufenen Prozesse gegen vornehme Staatsbetrüger, an die schreckliche Mordthat, welche der Herzog von Choiseul-Praslin verübte, an das neue Auftreten der Cholera und den Mißwachs — dann kann es uns nicht sehr auffallen, daß nach jenen göttlichen Mahnungen und diesen Verbrechen das Ereigniß mit seinen Folgen eintrat, das wir am 23. Februar 1848 erlebt haben — die dritte große Revolution in Paris.

Berlin, 28. Dec. Es steht in diesen Tagen die amtliche Veröffentlichung der von der Regierung projectirten Reorganisation der Justizpflege zu erwarten. Man ist zweifelhaft, ob das Ministerium auch in dieser wichtigen Maßregel die Reorganisation oetropiren, oder ob sie sich mit der Veröffentlichung des Planes begnügen und die Genehmigung der Volksrepräsentation, welche selbst zur Zeit der Provinziallandtage von diesen hätte erteilt werden müssen, einholen wird. So viel man von dem im Ministerium jetzt vollendeten Gesetz erfährt, dürfte kein Theil desselben größeren Widerspruch erfahren, als derjenige, welcher die Einrichtung der Advokatur betrifft. Muthmaßlich hat man den politischen Einfluß gefürchtet, welcher ein freier Advokatenstand in England, Frankreich, Belgien, und selbst in Rheinpreußen seinen Mitgliedern zu sichern geeignet ist, obschon die Motive, welche gleichfalls veröffentlicht werden dürften, für die beschränkte Zulassung zu den Advokaturgeschäften anführen, daß der Wegfall der beliebten Beschränkungen eine dem Publikum und dem Ansehen der Rechtspflege nachtheilige Uebersättigung des Faches zur Folge haben würde. Abgesehen davon, daß dies Bedenken zu denjenigen gehört, welches gegen die Gewerbefreiheit im Allgemeinen eingewendet zu werden pflegt, so richtet sich dasselbe gegen das Lebensprinzip konstitutioneller Staatseinrichtungen. In Frankreich, England, Nordamerika, sagt der Vorbericht zu dem Bornemann'schen Entwurf, denkt Niemand an eine derartige Beschränkung und doch zeigen sich dort nicht die in Aussicht gestellten Nachtheile. Sie zeigen sich eben so wenig im ärztlichen Fache, und was die gefürchteten Umtriebe und Aufhebungen der schlechten Advokaten betrifft, so finden solche in einem konstitutionellen Staate ihr natürliches Hemmniß in der Oeffentlichkeit und in der Ehrenhaftigkeit des Standes, der kein schlechtes Mitglied duldet. Lith. G.

Münster, 30. December. Bei allen den politischen Vereinen, welche seit den Märztagen in Münster entstanden, verhielt sich der bei Weitem größte Theil der hiesigen Bürger durchaus theilnahmlos. Der gesunde Sinn der Bürger forderte in der Ueberzeugung, daß jetzt nur vereinte Kräfte etwas wirken können, einen Verein, aber einen solchen der nicht einseitig an die Lösung der Fragen der Zeit sich mache, der über das Große nicht das Kleine, über das Ferne nicht das Nahe vergesse, der bei dem Streben nach politischer Freiheit auch dafür zu sorgen sich bemühe, daß die Lage der Handwerker und Arbeiter verbessert werde, damit auch diese in der neuen Ordnung der Dinge sich wohler fühlten. In dieser Richtung vereint thätig zu sein, war der Entschluß von etwa 170 Bürgern, die zusammen kamen, um sich vorläufig über die Möglichkeit der Gründung eines „Bürger-Vereins“, seine Tendenzen und Statuten zu besprechen. Ueber das politische Glaubens-Bekenntniß einigte man sich bald, und mit Freude wurde die sociale Wirksamkeit unter die Zwecke der Verbindung aufgenommen, der Verein in der Ueberzeugung, daß man hier im Sinne aller wohlbedenkenden Bürger Münsters handle, für constituiert erklärt, und am 27. d. Mts. ein Ausschuß von 15 Mitgliedern gewählt. Der Verein wird sich der Verbindung der constitutionellen Vereine Rheinlands anschließen. R. 3.

Ueber die eingeleitete Untersuchung gegen die Mitglieder des Demokraten-Congresses in Münster, lesen wir im heutigen „Westphälischen Merkur“ Folgendes: „Nicht selten werden die in verschiedenen Provinzen wegen Aufregung zum Aufruhr und Hochverrath eingeleiteten Untersuchungen dem Gouvernement zur Last gelegt. Man sagt: das Gouvernement würde weiser, politischer gehandelt haben, wenn es ein Auge zugedrückt und aus Rücksicht auf die allgemeine Aufregung der Gemüther von jeder Verfolgung abstrahirt hätte; dergleichen Verfolgungen hätten nie den beabsichtigten Erfolg, sondern schafften nur politische Märtyrer. Dieser Anschauung liegt die Annahme zum Grunde, daß es in der Willkür des Gouvernements gelegen habe, die angeblichen Verfolgungen eintreten zu lassen oder nicht. Diese Annahme ist aber deßhalb grundfalsch, weil dem Gouvernement — mag man nun Ministerium, Regierung oder welche Verwaltungs-Behörde sonst darunter verstehen — keinerlei Gewalt zusteht, Jemanden in criminelle Verfolgung zu nehmen. Das Gouvernement hat hierbei gar nicht zu concurriren; es ist vielmehr eine reine Justizsache. Die Criminal-Behörden sind es ganz allein, welche über Verhaftung und criminelle Verfolgung zu entscheiden haben. Hier steht die Sache aber nicht so, daß erst nach der politischen Zweckmäßigkeit zu fragen wäre, oder daß diese auch irgend ein Gewicht in die Waagschale legen könnte. Findet der Richter nach seiner Ueberzeugung, daß ein Verbrechen verübt ist, so ist es seine unbedingte Schuldigkeit, einzuschreiten. Der Richter ist auf die Anwendung der bestehenden Gesetze verpflichtet; würde er jemals der Meinung sein, daß es politisch angemessener wäre, ein bestehendes Strafgesetz, obschon der gegebene Fall seine Anwendung fordert, politischer Zweckmäßigkeit halber außer Anwendung treten zu lassen,